

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 93 38/39
Telex: 08 86 846 pbbn d

Inhalt

Liesel Hartenstein MdB,
Vorsitzende der Arbeits-
gruppe für Umweltfragen
der SPD-Bundestagsfrak-
tion, fragt, ob Kohl
meint, das Sterben der
Wälder sei mit Worten
aufzuhalten. Seite 1

Hartmut Soell MdB: Im
Drang, seine Macht zu er-
halten, fälscht Genscher
Vergangenheit und Gegen-
wart. Seite 3

Uwe Jens MdB: Bei der Wirt-
schaftspolitik hilft der
Marsch in die formierte
Gesellschaft nicht. Seite 4

Axel Wernitz MdB: Kohl und
Genschers innenpolitische
Nulloption bedroht den
Rechtsstaat. Seite 5

Dieter Auch MdB: Humani-
sierung der Arbeit hat für
die neue Regierung keinen
Stellenwert. Seite 6

Klaus Hänsch MdEP: Kohl
und Genscher haben nur
Brosamen für Europa. Seite 8

Dokumentation
Brief von Harald B. Schäfer
MdB an Beamtenbund-Chef
Krause. Seite 9

37. Jahrgang / 197

15. Oktober 1982

Sprechblasen ersetzen keine aktive Umweltpolitik

Meint Kohl, das Sterben der Wälder sei mit Worten aufzuhalten?

Von Dr. Liesel Hartenstein MdB
Vorsitzende der Arbeitsgruppe für Umweltfragen der SPD-
Bundestagsfraktion

Nachdem im Koalitionspapier von CDU/CSU und F.D.P. dem Umweltschutz nur die Funktion eines arg bescheidenen Mauerblümchens zugewiesen war, das sich in der Spalte "Sonstiges" auf der letzten Seite verstecken mußte, blieb zu hoffen, daß die Regierungserklärung des neuen Bundeskanzlers wenigstens in Umrissen Klarheit schaffen würde, wie sie sich Umweltpolitik künftig vorstellt. Die Hoffnung trug! Gewiß: es war von "Verantwortung für die Natur" die Rede, von "Energieverantwortung" (?) und "Naturvorsorge" und von der Bitte an alle Bürger, "den Schatz unserer Natur, Boden, Wasser und Luft, pfleglich zu nutzen". Ist das alles?, mochte sich mancher Bürger fragen. Es war alles.

Nun versteht jeder, daß in einer Regierungserklärung, selbst wenn sie sich über mehr als eineinhalb Stunden hinzieht, nicht jeder Einzelpunkt der Politik minutlos angesprochen werden kann, aber zweierlei wäre mindestens zu erwarten gewesen:

1. Daß die neue Bundesregierung die Grundlinie zu erkennen gibt, die in ihrer Umweltpolitik künftig maßgebend sein soll und
2. daß sie sich wenigstens zu den allerdrängendsten Problemen äußert, die auf diesem Gebiet eher heute als morgen gelöst werden müssen.

Nichts von beidem ist geschehen. Weder zum Gewässerschutz noch zur Luftreinhaltung noch zur Lärmbekämpfung noch zur Vergiftung der Böden durch Schwermetalle fiel ein Sterbenswörtchen. Logischerweise waren auch keine Prioritäten zu erkennen, die ja unschwer durch Aufnahme in das Dringlichkeitsprogramm der neuen Bundesregierung hätten gesetzt werden können. Stattdessen vornehmes Schweigen.

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 812-1

Umweltfreundliche
Papierherstellung
Recycling-Papier



Taten allerdings wurden bereits in anderer Weise sichtbar, zwar nicht durch Sachentscheidungen, wohl aber dadurch, daß zum Beispiel der Leitende Ministerialdirektor der Abteilung U-Umweltangelegenheiten, einer der Motoren moderner Umweltpolitik, vom neuen Bundesinnenminister Dr. Zimmermann nach Hause geschickt wurde. Solche "Taten" sprechen für sich!

Dies alles muß man sehen auf dem Hintergrund, daß gerade im Bereich Umweltschutz in den letzten eineinhalb Jahren von der früheren Bundesregierung unter Bundeskanzler Helmut Schmidt und unter der Federführung des ehemaligen Bundesinnenministers Baum nicht allein zahlreiche Initiativen entwickelt, Gesetzentwürfe erstellt, Verordnungen erlassen wurden, sondern auch umfangreiche und dringliche Vorhaben eben jetzt vor dem Abschluß standen:

- Neufassung der TA Luft zur Verminderung der Schadstoffe, einschließlich krebs-
erzeugende Stoffe,
- Verordnung für Großfeuerungsanlagen, um den enormen SO₂-Ausstoß zu bremsen, der
unsere Wälder vernichtet,
- Sanierungsprogramm von Altanlagen, insbesondere von veralteten Kraftwerken mit hoher
Luftverschmutzung.

Von den eingeleiteten Maßnahmen zur Entgiftung der Kraftfahrzeug-Abgase, zur Wiederverwertung von Altstoffen, der fälligen 3. Novelle zum Abfallbeseitigungsgesetz, der dringend notwendigen Umweltverträglichkeitsprüfung, den zahlreichen Forschungsvorhaben und so fort will ich gar nicht ausführlich reden - alles zusammen bildet jedoch die Meßlatte, an der die Taten der neuen Bundesregierung gemessen werden müssen. Jeder Tag, der untätig verrinnt, zerstört die Umwelt und schmälert unsere natürlichen Lebensgrundlagen. Oder meint Herr Kohl vielleicht, das stille Sterben unserer Wälder sei aufzuhalten, bis - vielleicht! - Neuwahlen kommen?

Von Perspektiven zu reden in den Aussagen der Regierungserklärung wäre nachgerade ein Hohn. Sie sind nicht einmal im Ansatz vorhanden. Es sei denn, man wollte den Appell an die lieben Bürger (siehe vor!), doch möglichst keine geschützten Blümchen zu zertreten, als Perspektive bezeichnen.

Eine Aussage allerdings läßt aufhorchen: Wirksamer Umweltschutz sei nur mit der Technik möglich, nicht gegen sie. Richtig, wenn dies heißen soll, daß vernünftiger Umweltschutz nicht Technikfeindlichkeit bedeuten darf. Falsch aber, wenn damit gemeint ist - und vieles spricht leider dafür! - daß Technik gebraucht wird, um all die Schäden wieder zu reparieren, die unvernünftiges Wirtschaften vorher angerichtet hat.

Wie sagte doch Bundeskanzler Helmut Schmidt in seiner Regierungserklärung vom 24. November 1980: "Einsicht in ökologische Zusammenhänge und der Wille, diese Zusammenhänge möglichst wenig zu stören, führt im Umweltschutz von der Schadensbeseitigung zur Schadensvermeidung."

Dorthin geht der Weg. Würde er abgebrochen, so ginge dies nicht nur zu Lasten der Natur in unserem Land, sondern auch zu Lasten der Menschen und ihrer Gesundheit. Sprechblasen ersetzen keine aktive Umweltpolitik. Und sie schaffen auch keine bessere Lebensqualität. Darauf aber warten die Menschen. (-/15.10.1982/ks/ca)

+ + +



Genscher fälscht Vergangenheit und Gegenwart

Im Drang, seine Macht zu erhalten, verdrängt der FDP-Vorsitzende die Wirklichkeit

Von Professor Dr. Hartmut Soell
Mitglied des Deutschen Bundestages

In der Debatte über die Regierungserklärung des Kabinetts Kohl/Zimmermann/Genscher, hat Herr Genscher behauptet, die SPD habe 1966 beim Auseinanderbrechen der Regierung Erhard/Mende keine Neuwahl gefordert. Dies entspricht nicht der Wahrheit.

In der am 8. November 1966 stattfindenden Debatte über den Antrag der SPD-Fraktion, den Bundeskanzler Erhard zu ersuchen, gemäß Artikel 65 des GG im Bundestag die Vertrauensfrage zu stellen, ging der damals amtierende Fraktionsvorsitzende Herbert Wehner auch auf den Vorwurf der anderen Parteien ein, die SPD wolle auf diese Weise zur Auflösung des Bundestages und zu Neuwahlen kommen: "Wieso wird von unserem Begehren nach Neuwahl, daß Neuwahl des Bundestages die sauberste, die anständigste Art sei, diese Krise zu überwinden, wieso wird davon im Tone des Vorwurfs gesprochen? Das Vorrecht der Demokratie ist es doch - im Gegensatz zu totalitären und autoritären Staaten oder Gebilden - frei wählen zu können (Beifall der SPD). ... Statt nun denjenigen, der Konkurs gemacht hat, auch noch selbst als Konkursverwalter fungieren zu lassen, wie wir es gegenwärtig erleben, sollten Sie dazu beitragen, die saubere Lösung zu ermöglichen."

Darauf antwortete Rainer Barzel, damals Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion: "Dieses Haus ist auf vier Jahre gewählt. Es hat zu zeigen, daß es alle anstehenden Fragen mit den Methoden des Parlaments in dieser Zeit zu lösen vermag." (Beifall der CDU/CSU.) Ihm stimmte der Kollege von Kühlmann-Stumm, damals Vorsitzender der FDP-Fraktion ausdrücklich mit dem an die Adresse der SPD gerichteten Vorwurf zu: "Sie sollten nicht den Versuch unternehmen, sich dieser Verantwortung (für eine Regierungsbildung) durch die Forderung nach Neuwahlen zu entziehen. Dieses Parlament ist in seiner Zusammensetzung in der Lage, handlungsfähige Regierungen der verschiedensten Zusammensetzungen zu bilden."

Auch der damals faktisch schon abgesetzte Bundeskanzler Erhard sprach sich gegen Neuwahlen aus und lehnte es im Übrigen ab, die Vertrauensfrage zu stellen, weil er nicht an einem "Schauprozeß" teilnehmen wolle. Man stelle sich einmal vor, Schmidt hätte die Prozedur des konstruktiven Mißtrauensvotums mit einem "Schauprozeß" verglichen.

Der Verfälschung der historischen Wirklichkeit geht bei Herrn Genscher die Verfälschung der heutigen Wirklichkeit einher: Die neue Mehrheit im Bundestag ist vor allem durch seinen Wortbruch zustande gekommen.
(-/15.10.1982/va-he/ca)

+ + +



Neue Herausforderungen verlangen neue Antworten

Bei der Wirtschaftspolitik hilft der Marsch in die formierte Gesellschaft nicht

Von Dr. Uwe Jens MdB

Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Wirtschaftsausschuß des Deutschen Bundestages

Wir werden uns in der Wirtschaftspolitik nach wie vor von Sachlichkeit und dem Bemühen um Objektivität leiten lassen. Die neue Regierung der CDU/CSU hat dagegen das Problem, hohe Erwartungen während der Opposition geweckt zu haben, die sie jetzt erfüllen muß. Daß einzige wirtschaftspolitische Rezept der CDU/CSU aus der Opposition lautete damals: Das Vertrauen muß hergestellt werden, dann läuft schon alles! Um dieses Vertrauen herzustellen, wollte man eine neue Regierung. Jetzt haben die Konservativen ihre Regierung, aber mit dem Vertrauen, geschweige denn mit der Wirtschaftsentwicklung sieht es eher düster aus.

Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung legte sein Gutachten vor, und die wissenschaftliche Kritik an der Regierungsvereinbarung ist nicht ermutigend. 2,25 Millionen Arbeitslose werden für das kommende Jahr prognostiziert und dies verlangt eine andere Politik als sie von der konservativen CDU/CSU-Regierung vorgesehen ist. Der Rat der Wirtschaftsweisen hat jedoch aus der bisherigen wirtschaftlichen Entwicklung gelernt und anerkannt, was Sozialdemokraten immer gefordert haben: Ein mittelfristiges Programm zur Nachfragestützung. Die Angebotsseite der Unternehmen ist durch Sozialdemokraten lange genug beachtet worden. Entsprechende Erfolge haben sich bisher nicht eingestellt. Deshalb müssen jetzt die Absatzmöglichkeiten der Unternehmen verbessert werden, auch durch öffentliche Nachfrage.

Sicherlich müssen bei unserer weltwirtschaftlichen Verflechtung auch langfristig weiter die Angebotsbedingungen im Auge behalten werden. Die Eigenkapitalquote - insbesondere von kleinen und mittleren Unternehmen - ist zweifellos in den letzten zehn Jahren ständig gesunken. Um dieser Entwicklung zu begegnen, hatten wir auf dem Münchener Parteitag jedoch beschlossen, einbehaltene Gewinne zur Verwendung von Sachinvestitionen niedriger zu besteuern als ausgeschüttete Gewinne. Ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung.

Absurd ist es jedoch, wenn der neue Bundeskanzler Kohl stets wieder Bedingungen und Verhaltensweisen herstellen will, wie sie nach dem Zweiten Weltkrieg in unserem Lande existierten. Wir Sozialdemokraten sind sehr für eine Leistungsgesellschaft, in der jeder nach seinen Leistungen bekommt.

Nur die Wertmaßstäbe müssen dafür stimmen! Angesichts der veränderten Lebensbedingungen ist es in einer offeneren Gesellschaft unmöglich, die damalige Leistungsbereitschaft der Menschen wiederherzustellen. Nicht nur bei Jüngeren, sondern auch bei Älteren hat ein Wertewandel stattgefunden, der in den materiellen Grundlagen der Menschen verankert ist.

Der Verdacht drängt sich deshalb auf, daß die neue Regierung keine offene, sondern eine formierte Gesellschaft anstrebt.

Neue Herausforderungen unserer Zeit lassen sich jedoch nicht mit alten Rezepten von gestern lösen. Neue Herausforderungen verlangen neue Antworten. (-/15.10.1982/ks/ca)

+ + +



KG zu Lasten des kleinen Mannes

Kohl und Genscher innenpolitische Nulloption bedroht den Rechtsstaat

Von Dr. Axel Wernitz MdB

Vorsitzender des Innenausschusses des Deutschen Bundestages

Die neue konservative rechtsliberale Koalition in Bonn unter Kohl und Genscher hat sich mit ihrer Koalitionsvereinbarung und der anschließenden Regierungserklärung insgesamt als eine "KG zu Lasten des kleinen Mannes" präsentiert. Zu dieser Enttäuschung im allgemeinen gesellt sich eine ganze besondere, wenn man die Koalitionsaussagen zum Fachgebiet der Innenpolitik betrachtet. Da gibt es im Koalitionspapier konkretere Aussagen nur zur Ausländerpolitik. Unter der bemerkenswerten Rubrik "Sonstiges" sind sechs innen- beziehungsweise rechtspolitische "Findlinge" mehr oder weniger beziehungslos aneinander gereiht. Das angekündigte Wahlrecht für im Ausland lebende Deutsche steht neben der angestrebten Verabschiedung der TA-Luft.

Es folgen einige Ankündigungen mit Prüfaufträgen, darunter der umwerfend neue und vom Stuhl reißende Vorschlag nach Prüfung von Initiativen zum Thema Bürokratisierung, Verwaltungsvereinfachung und Dienstrechtsreform. Man wollte halt die Seite mit "Sonstiges" wegen der peinlichen Optik der politischen Düftigkeit nicht halb leer lassen.

Folgerichtig findet sich auch in der Regierungserklärung von Helmut Kohl zur Innenpolitik im Grunde nur Sprechblasen-Pathetik. Alle wesentlichen Themen im Bereich der Innenpolitik bleiben ausgeklammert. Das gilt für die innere Sicherheit, für viele Probleme des öffentlichen Dienstes, für den Umweltschutz einschließlich der Reaktorsicherheit und zum Beispiel auch für den Datenschutz.

Traurige Tatsache ist es, daß die neue Koalition in der Innenpolitik nicht Flagge zeigt, sondern zunächst einmal die weiße Fahne aufgezogen hat. Der Verzicht auf die Vorlage einer innen- und rechtspolitischen Konzeption ist zudem schillernd und widersprüchlich begründet. Einmal heißt es, die Zeit bis zum 6. März 1983 sei knapp bemessen; deshalb habe man das Feld der Innen- und Rechtspolitik ausgeklammert. Diese fragwürdige Version bietet zum Beispiel der neue FDP-Justizminister Engelhard an. Zum anderen gibt es die - nach dem Verlauf der Koalitionsverhandlungen - wohl eher zutreffende Version, wonach man sich aus politischen Gründen nicht auf ein gemeinsames Konzept für Innen- und Rechtspolitik einigen konnte.

CDU/CSU und FDP haben hier zusammen mangels eines tragfähigen gemeinsamen Nenners die weiße Fahne der innenpolitischen Konzeptionslosigkeit gehißt. Da sich auf diesem Gebiet CDU/CSU und FDP wechselseitig weitgehend blockieren, ist in der Innenpolitik mangels eines klaren Kurses erhebliche Verunsicherung und riskante Stagnation zu befürchten. Eine derartige innenpolitische "Nulloption" der neuen Koalition bedroht den inneren Frieden und die Qualität des liberalen Rechtsstaates.
(-/15.10.1982/bgy/ca)

+ + +



Schwache und Kranke zum Abschluß frei?

Humanisierung der Arbeit hat für die neue Regierung keinen Stellenwert

Von Dieter Auch MdB

Mitglied der Arbeitsgruppe Forschung und Technologie der SPD-Bundestagsfraktion

Über 50 Prozent der Arbeitnehmer scheiden vor Erreichen der Altersgrenze "in diesem unserem Lande" als Frühinvaliden, kaputt von den teilweise unerträglichen Bedingungen und Einflüssen am Arbeitsplatz aus dem Arbeitsleben aus. Auf diese Tatsache ist Bundeskanzler Kohl in seiner Regierungserklärung mit keinem Wort eingegangen. Er ignoriert die traurige Bilanz von mehr als 1 1/2 Millionen Arbeitsunfällen, das Ergebnis von Druck, Streß, Hetze, aber auch von übergangenen Sicherheitsvorschriften.

Zwar ist es in den Jahren sozialdemokratischer Regierungsführung durch konsequentes Handeln im Bereich der Arbeitssicherheits- und Sozialgesetzgebung und mit dem Auf- und Ausbau des Programms "Humanisierung der Arbeit" gelungen, die "Schreckensbilanz" am Arbeitsplatz von Jahr zu Jahr zu drücken. Trotzdem:

- 2.451 Arbeitnehmer, das sind rund sieben Prozent weniger als im Jahr zuvor, haben 1981 ihr Leben am Arbeitsplatz verloren.
- 380.000 hat 1981 der Zugang an Erwerbsunfähigen betragen.
- 21.000 sind es bei den Berufsunfähigen.

Denen hilft die Floskel "von der Gesellschaft mit menschlichem Gesicht" nicht. Wie enttäuschend muß es für die Betroffenen "in diesem unserem Land" sein, wenn ihr Schicksal vom Kanzler ignoriert wird.

Große Anstrengungen kündigt er an bei der Anwendung der Mikroelektronik. Die Verkabelung ist der große Schlager, ohne ein Wort zu den Folgen für die Arbeitnehmer und das Engagement des Staates zu deren Bewältigung zu verlieren. Sollen die Umstrukturierungen in Werkstätten und Büros, die Inhaltsentleerung vieler Tätigkeiten allein auf den Knochen der Arbeitnehmer ausgetragen werden. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß in den Hirnen von Herrn Kohl und seiner Ministerriege der Mensch für die Wirtschaft da ist und nicht die Wirtschaft für den Menschen.

Mir sind bei den verschiedenen Sprechblasen die vielen unter der Doppelbelastung Haushalt und Arbeitsplatz stehenden Frauen eingefallen. Ich habe an die eintönigen Montagearbeitsplätze der Industrie, wo in Lohngruppen I und II gearbeitet wird, denken müssen, als der Kanzler von einer Gesellschaft mit menschlichem Gesicht und innerem Frieden gesprochen hat. Die Kollegen am Hochofen und in der Gießerei, die von der Hitze fast verzehrt werden, - die Frauen in den Websälen, wo der Lärm unerträglich ist - und die Kumpels in den Gruben, wo die Belastung mit die höchste ist und die Arbeit nicht nur ungesund, sondern auch gefährlich. Sie werden sich fragen, was das für ein Kanzler ist, der, wenn er über Gesundheitspolitik redet, an die Stärkung des Vertrauensärztlichen Dienstes denkt und rhetorisch diejenigen, die ihre Gesundheit am Arbeitsplatz zu Markte tragen, immer in die Nähe derer rückt,



die er und seine Parteiliebe mit dem Begriff Drückeberger qualifizieren. 0,4 Prozent werden auf diese Art als Knüppel benützt, um 99,6 Prozent der Arbeitnehmer zu schlagen.

Lapidar spricht der neue Kanzler davon, daß die Pharmaindustrie, die Ärzte, die Zahnärzte auch einen Beitrag zur Kostendämpfung leisten müßten. Dabei vergißt er, daß diejenigen, die sich hohe Honorare mit dem Argument ihrer "besonderen Verantwortung" für die Gesundheit der Menschen "erstreiten", immer als Komplizen mit dabei sind, wenn einer sich, wie die CDU/CSU zu sagen beliebt, in der sozialen Hängematte schaukelt, weil sie nämlich den gelben Schein (Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung) unterschreiben.

Wie kann eine Regierung, wenn es ihr schon nichts wert ist, auf das menschliche Leid, das Überall hinter diesen Fakten steht, einzugehen, die 100 Milliarden jährlicher volkswirtschaftlicher Kosten, die durch fehlende Humanisierung am Arbeitsplatz entstehen, einfach übergehen. Für die Menschen, die mit ruiniertes Gesundheit vorzeitig aus dem Arbeitsleben scheiden, ist mit "Stärkung der Selbstverantwortung", Atempause in der Sozialpolitik und "Chance zum Neubeginn" und Konzentration der sozialen Leistungen auf die wirklich Hilfsbedürftigen, wie die massiven Einschnitte verbrämt bezeichnet werden, nicht gedient. Ihnen muß die neue Regierung wie eine Jagdgesellschaft vorkommen: Die Reichen, die Starken und Gesunden werden gepflegt und begünstigt, während die vom Schicksal Benachteiligten, die Schwächeren und die Kranken zum Abschluß freigegeben sind.

Nachdem der Parlamentarische Staatssekretär Probst beim Bundesminister für Forschung und Technologie bereits von 30prozentiger Kürzung des HdA-Programms gesprochen haben soll, liegt es jetzt an der Bundesregierung klar zu stellen, ob sie etwa zur Finanzierung der Brütertechnologie das Programm Humanisierung der Arbeit, das am Gesamthaushalt einen Anteil von 0,05 Prozent hat, zusammenstreichen will. Ich kann mich jedenfalls des Eindrucks nicht erwehren, daß die Humanisierung bei dem scharfen Wendemanöver nach rechts außen im Begriff ist, vom Karren zu fallen.
(-/15.10.1982/bgy/ca)

+ + +



Nur Brosamen für Europa

Schöne Worte täuschen nicht über die Dürftigkeit der Kohl/Genscher-Politik hinweg

Von Klaus Hänsch MdEP

Obmann der Sozialistischen Fraktion im Politischen Ausschuß des Europäischen Parlaments

Erst vor einer Woche trat der neugewählte Bundeskanzler in unserem Sitzungsgebäude in Brüssel vor die internationale Presse und erklärte die Europäische Gemeinschaft habe für seine Regierung Priorität.

In der Regierungserklärung ist davon nicht viel zu finden. Die Europapolitik zählt darin nicht einmal zu den außenpolitischen Fundamenten der deutschen Politik für die neue Bundesregierung. Für uns Sozialdemokraten und auch für die von uns geführte Bundesregierung gab es immer zwei Eckpfeiler der Außenpolitik - das Atlantische Bündnis und die Europäische Gemeinschaft.

Bei Helmut Kohl dagegen ist nun vor allem von der NATO und der Freundschaft mit den Vereinigten Staaten die Rede. Die Europäische Gemeinschaft wird eindeutig dem Atlantischen Bündnis nachgeordnet. Die Sicherheitspolitik geht dem europäischen Einigungswerk vor.

Der neue Bundeskanzler redet zwar in seiner Regierungserklärung von einer Stärkung des Europäischen Parlaments. Aber von dem, was wir im Parlament mit Zweidrittel- oder Vierfünftelmehrheiten zur Erweiterung der Rechte unseres Parlaments gefordert haben - und das mit maßgeblicher Beteiligung der Christdemokraten - hat die neue Bundesregierung nur gering aufgegriffen.

Die Europaabgeordneten sollen wohl mit Brosamen abgespeist werden, während Herr Kohl so tut, als säßen sie an einer Breughelschen Festtafel. Er kann das Europäische Parlament aber nicht täuschen.

Die Regierungserklärung tönt nur so von Europäischer Union, von Harmonisierung und Europäischer Akte. In Wirklichkeit hat die Bundesregierung die Wende auch in Europa schon vorbereitet: Von Rechtsunion und Harmonisierung der Kulturpolitik ist die Rede. Schon im berüchtigten Papier des Grafen Lambsdorff wird aber jede Gemeinsamkeit in der Europäischen Gemeinschaft bei Arbeitsschutz und Mitbestimmung oder auch bei der Arbeitszeitverkürzung verweigert. Das bedeutet den Ausstieg aus der europäischen Gesellschafts- und Sozialpolitik. Das "soziale Europa" gerät in große Gefahr.

Wir Sozialdemokraten setzen in Europa die Schwerpunkte anders als Herr Kohl. Warum hat er kein Wort zur Reform der unsinnigen, Milliarden verschlingenden Agrarpolitik gesagt? Wir dagegen fordern nach wie vor eine Reform dieser Politik.

Es gab auch kein Wort über die Notwendigkeit, die vorhandenen Mittel der Gemeinschaft auf die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und die Schaffung neuer Arbeitsplätze zu konzentrieren. Wir wollen eine Reform der Gemeinschaftsfonds zu diesem Zweck.

Es fehlt jedes Wort zum vorausschauenden Umweltschutz. Wir Sozialdemokraten unterstützen ohne jeden Vorbehalt das dritte Aktionsprogramm der EG-Kommission. Sie beschreibt darin den vorausschauenden Umweltschutz als Teil jeder aktiven Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik.

Und auch kein einziges Wort zur Herstellung der Chancengleichheit von Mann und Frau im Erwerbsleben, die schon im EWG-Vertrag vorgesehen ist. Wir unterstützen die Richtlinienentwürfe der EG-Kommission, mit denen die Forderungen des Vertrages endlich in die Wirklichkeit umgesetzt werden können.

Das Ergebnis liegt klar auf der Hand: Europa hat von der neuen Bundesregierung nicht viel zu erwarten. Darüber können auch Blitzreisen des Kanzlers nach Paris und Brüssel und des Außenministers nach Straßburg nicht hinwegtäuschen. (-/15.10.1982/ks/ca)

+ + +



37. Jahrgang / 197 / 15. Oktober 1982

D O K U M E N T A T I O N

Der Obmann des Arbeitskreises Inneres, Bildung, Sport der SPD-Bundestagsfraktion, Harald B. Schäfer, hat an den Vorsitzenden des Deutschen Beamtenbundes, Alfred Krause, folgenden Brief gerichtet:

Sehr geehrter Herr Krause,

mit einiger Verwunderung habe ich zur Kenntnis genommen, daß der DBB-Bundesvorstand in einer Klausursitzung am 5./6. Oktober 1982 in Kaiserslautern der sozialliberalen Bundesregierung einerseits "Flickschusterei und Manipulation im öffentlichen Dienst" vorgeworfen und andererseits die Erwartung zum Ausdruck gebracht hat, daß die Kohl/Genscher-Regierung eine berufspolitische Wende und eine sachgerechte Fortentwicklung des öffentlichen Dienstes einleiten werde.

Verwundert hat mich diese Stellungnahme deshalb, weil die CDU/CSU-Bundestagsfraktion ebenso wie die CDU/CSU-Mehrheit des Bundesrates doch offenbar die Erwartungen des Deutschen Beamtenbundes innerhalb weniger Monate enttäuscht haben. Weder für das Jahr 1982 noch für das Jahr 1983 wird der von Ihnen geforderte "Gleichklang" im öffentlichen Dienst vorgenommen oder in Aussicht gestellt. Für 1982 erhalten die von Ihnen vertretenen Beamten gegenüber dem ursprünglichen Gesetzentwurf lediglich einen Rabatt von 0,27 Prozent der Jahresbezüge. Für 1983 sollen die Beamtenbezüge schon jetzt ab Juli nächsten Jahres auf zwei Prozent festgelegt werden, unabhängig davon, welches Ergebnis die Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst und in der Wirtschaft haben werden.

Dies alles widerspricht CDU/CSU-Zusagen, die vor der Hessenwahl gegeben wurden, und die der Deutsche Beamtenbund verständlicherweise positiv aufgegriffen hat.

Auf dem Münsterplatz haben anläßlich des Besoldungs- und -versorgungsanpassungsgesetzes '82 40.000 Beamte demonstriert. Hinsichtlich dieses Gesetzes darf ich die Auffassung der SPD-Bundestagsfraktion nochmals wie folgt zusammenfassen:

1. Die sozialliberale Koalition hat die Tarifergebnisse des öffentlichen Dienstes von Anbeginn auf die Beamten übertragen. Dieses Verfahren hat sich im Grundsatz bewährt und muß beibehalten werden. Diesen Standpunkt haben wir vor den parlamentarischen Beratungen des diesjährigen Besoldungs- und -versorgungsanpassungsgesetzes eingenommen und dabei bleiben wir.
2. Andererseits haben wir eine sorgfältige Prüfung der Argumente zugesagt, die die sozialliberale Bundesregierung zu ihrem Vorschlag veranlaßt haben, die Besoldungsanpassung der Beamten in diesem Jahr um drei Monate gegenüber dem Tarifbereich zu verschieben. Bei dieser Zusage bleibt die SPD-Bundestagsfraktion ebenfalls, wobei ich hinzufügen möchte: Ich halte es für vernünftig und in der gegenwärtigen Situation für geboten, unter anderem steigende Sozialabgaben im Arbeitnehmerbereich - von denen Beamte befreit sind - in verfassungsrechtlich einwandfreier Form bei der Besoldungsanpassung zu berücksichtigen. Ich gehe davon aus, daß die SPD-Bundestagsfraktion den Gesetzentwurf der sozialliberalen Bundesregierung unverändert befürworten, den vom Kohl/Genscher-Kabinett geplanten unvermeidbaren Eingriff in die Beamtenbesoldung und Tarifautonomie jedoch zurückweisen wird.

Der Deutsche Beamtenbund hat in diesem Jahr den "Gleichklang" im öffentlichen Dienst in den Vordergrund gestellt, also die Übertragung des Tarifergebnisses für Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes auf die Beamten. Dies war nicht immer so, beispielsweise hat der Deutsche Beamtenbund bei der Beratung des Paragraphen 14 Bundesbesoldungsgesetz und auch später noch einen anderen Standpunkt vertreten. Sehr geehrter Herr Krause, darf ich Sie fragen, welche Grundsatzposition der Deutsche Beamtenbund zur Besoldungsanpassung nach Paragraph 14 Bundesbesoldungsgesetz "mittelfristig" einnimmt und welche konkreten Zusagen von der jetzigen Bundesregierung gegeben wurden, um den von ihr beabsichtigten Zugriff auf die Beamtenbesoldung auszugleichen?

Zum letzten Punkt: Der "Welt" vom 8. Oktober 1982 habe ich entnommen, daß der Bundesinnenminister in einer Aussprache mit dem Deutschen Beamtenbund zugesichert haben soll, die den Staatsdienern jetzt auferlegte besondere Zurückhaltung "nicht zu verewigen".

Mit freundlichen Grüßen

Ihr

(Harald B. Schäfer MdB)

-/15.10.1982/vo-he/ca).

Vernünftiger Umgang
mit wertvollen Rohstoffen
Recycling-Papier



+

+

+